

**Staatskanzlei***Information*

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 70  
kanzlei@sk.so.ch  
www.so.ch

**Medienmitteilung****Regierungsrat setzt Zeichen gegen häusliche Gewalt**

**Solothurn, 5. März 2019 – Im neuen Gewaltpräventionsprogramm, welches der Regierungsrat heute verabschiedet hat, steht die häusliche Gewalt im Zentrum. Schwerpunkte sind dabei die Früherkennung und die Frühintervention.**

Im Kanton Solothurn werden seit 2007 gezielte Massnahmen gegen Gewalt umgesetzt. Entsprechend besteht bereits jetzt ein gutes Präventionsangebot, welches mit dem Gewaltpräventionsprogramm 2019 – 2022 optimiert werden soll. Der Schwerpunkt liegt dabei bei der häuslichen Gewalt. Folgende Massnahmen sind dabei besonders hervorzuheben:

- Der Aufbau einer Beratungsstelle für Menschen, welche Gewalt anwenden oder befürchten, dies zu tun. Die Stelle ist für Menschen jeden Alters und Geschlechts. Beratungen erfolgen nicht nur bei häuslicher Gewalt, sondern bspw. auch bei Hooliganismus oder sexuell motivierter Gewalt. Die Beratungsstelle wird vom Amt für Justizvollzug (AJUV) als Pilotprojekt aufgebaut. Bereits seit September 2018 führt das AJUV systematisch Gefährderansprachen im Zusammenhang mit polizeilich gemeldeter häuslicher Gewalt durch. Die Erfahrungen sind sehr positiv.

- Stärkung der Früherkennung und Frühintervention: Fachpersonen sollen noch mehr sensibilisiert werden und geeignete Instrumente erhalten, um häusliche Gewalt früher zu erkennen und Betroffene anzusprechen. Gleichzeitig sollen sie darüber informiert werden, wo Betroffene spezifische Hilfe erhalten.

Hintergrund: Häusliche Gewalt ist nach wie vor ein häufiges Problem. Sie zu bekämpfen, ist deshalb ein Legislaturziel der Solothurner Regierung. Dieses steht im Einklang mit den Entwicklungen auf Bundesebene. 2018 ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Kraft getreten, die sogenannte Istanbul-Konvention. Diese wird vor allem durch die Kantone umgesetzt und verlangt Massnahmen im Bereich der Gewaltprävention. Die Schweizerische Konferenz gegen Häusliche Gewalt (SKHG) hat dazu bereits Empfehlungen an die Kantone formuliert.